

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 57

Ausgegeben Danzig, den 19. Juli

1939

Tag	Inhalt:	Seite
15. 7. 1939	Rechtsverordnung zur Abänderung der Rechtsverordnung über den Sicherheitsdienst vom 10. Oktober 1938	363
19. 7. 1939	Verordnung zur Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes	363

148

Rechtsverordnung

zur Abänderung der Rechtsverordnung über den Sicherheitsdienst vom 10. Oktober 1938.
Vom 15. Juli 1939.

Auf Grund von § 1 Ziffer 9 und § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.BI. S. 273) und des Gesetzes zur Verlängerung dieses Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G.BI. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

Die §§ 1 und 7 der Rechtsverordnung über den Sicherheitsdienst vom 10. Oktober 1938 (G.BI. S. 523) erhalten folgende Fassung:

§ 1

- (1) Bei allgemeinen Notständen ist auf Erfordern der Polizeibehörden
- a) jeder Danziger Staatsangehörige zu persönlichen Dienstleistungen,
 - b) jeder Bewohner des Danziger Staatsgebiets, jede Person, die im Danziger Staatsgebiet Vermögen besitzt, hinsichtlich dieses Vermögens, und jede Körperschaft zu Sachleistungen verpflichtet.

(2) Die Polizeibehörden haben bei der Inanspruchnahme von Dienst- und Sachleistungen auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Inanspruchgenommenen Rücksicht zu nehmen.

§ 7

Der Senat oder die von ihm bezeichneten Behörden bestimmen:

- a) die Vergütung für Leistungen, soweit sie nicht billigerweise unentgeltlich verlangt werden können,
- b) die Heilfürsorge für die gemäß § 2 im Sicherheitsdienst angeführten Männer und die Fürsorge oder Versorgung bei Dienstbeschädigungen der nach den §§ 2 und 3 zum Sicherheitsdienst herangezogenen Männer.

Artikel II

- (1) Diese Rechtsverordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.
- (2) Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auch Anwendung, wenn die Heranziehung zu Sachleistungen auf Grund anderer Rechtsvorschriften vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgt ist.

Danzig, den 15. Juli 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Greiser Dr. Wiers-Reiser

A III P 5107

149

Verordnung

zur Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Vom 19. Juli 1939.

Auf Grund des § 1 Ziffer 22 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G.BI. S. 273) sowie des die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängernden Gesetzes vom 5. Mai 1937 (G.BI. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

(Ächter Tag nach Ablauf des Ausgabetafes: 27. 7. 1939.)

Artikel I

Die Verordnung über die Beseitigung der Gerichtsferien vom 28. März 1935 (G. Bl. S. 495) wird aufgehoben. Die §§ 199 bis 202 des Gerichtsverfassungsgesetzes treten wiederum in Kraft.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 20. Juli 1939 in Kraft.

Danzig, den 19. Juli 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Greifer: Dr. Wiers-Reiser

J. 14⁹⁰

zur Wiedereinführung der Gerichtsferien vom 10. Oktober 1938.

Die §§ 1 und 7 der Gerichtsverfassungsgesetzes vom 10. Oktober 1938 (G. Bl. S. 495) werden aufgehoben. Die §§ 199 bis 202 des Gerichtsverfassungsgesetzes treten wiederum in Kraft.

(1) Bei allgemeinen Staatsangelegenheiten ist auf Erfordern der Justizbehörden
(a) jeder Danziger Staatsangehörige in persönlichen Dienstleistungen
(b) jeder Bewohner des Danziger Staatsgebietes, jede Person, die im Danziger Staatsgebiet
vermögens besitzt, hinsichtlich dieses Vermögens, und jede Körperschaft in Easellungen
verpflichtet.
(2) Die Justizbehörden haben bei der Anbahnung von Dienst- und Sachleistungen auf die
persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers Rücksicht zu nehmen.

Der Senat oder die von ihm bezeichneten Behörden bestimmen:
(a) die Bestimmung für Leistungen, soweit sie nicht billigerweise unentgeltlich verlangt werden
können.
(b) die Stellvertreter für die gemäß § 2 im Gerichtsverfassungsgesetz angelegten Männer und die für-
sorge oder Vertretung der Dienstleistungen der nach den §§ 2 und 3 zum Gerichts-
dienst herangezogenen Männer.

Artikel II

(1) Diese Rechtsverordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.
(2) Die Bestimmungen dieser Rechtsverordnung haben auch Anwendung, wenn die Veranlassung zu
Easellungen auf Grund anderer Rechtsverordnungen vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgt ist.

Danzig, den 19. Juli 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Greifer: Dr. Wiers-Reiser

A III P 2107

Verordnung

zur Wiedereinführung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Vom 19. Juli 1939.

Auf Grund des § 1 Ziffer 22 und des § 2 des Gesetzes zur Beseitigung der Justizferien vom 28. März 1935 (G. Bl. S. 495) sowie des die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängern-
den Gesetzes vom 2. Mai 1937 (G. Bl. S. 328 a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet: